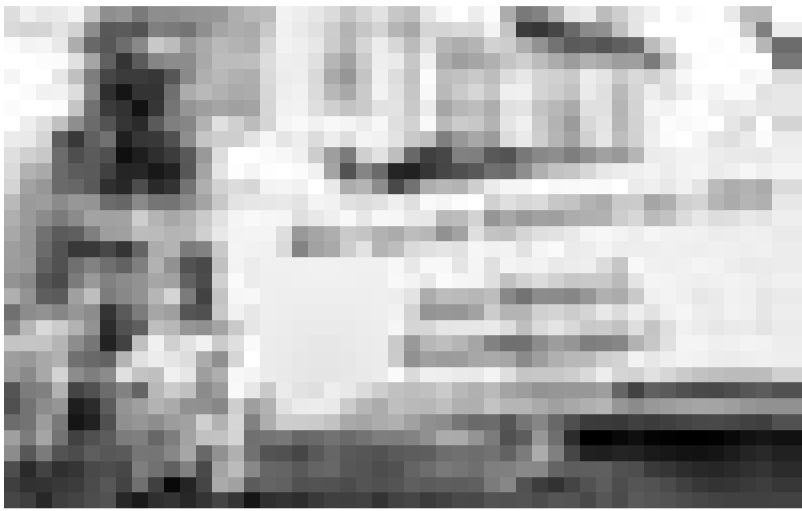


BIOTECHNOLOGIE

Zukunft: Bio-Tech-Europa

Biosafety statt Biotech: Greenpeace-Aktion vor der US Botschaft in Luxemburg im Januar 2000



(Foto: Melanie Weyand)

Trotz Skepsis der VerbraucherInnen: Die Mehrheit des Europaparlaments will die Biotech-Industrie pushen, um Europa wirtschaftlich voranzubringen.

"Das ist das erste Mal, dass sich das Europaparlament explizit positiv auf die Gentech-Industrie bezieht." Ilka Schröder, Abgeordnete der Fraktion der Grünen im Europaparlament, ist besorgt. Schuld daran ist der Bericht "über die Zukunft der Biotechnologieindustrie", den der Parlamentsausschuss "Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie" dem Plenum diese Woche zur Abstimmung vorlegte.

"Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren", berichtet John Purvis von der christdemokratischen "Europäischen Volkspartei" (EVP) will in Europa so schnell wie möglich ein günstiges Klima für den biotechnologischen Industriezweig schaffen. Die Lobby-Arbeit im Parlamentsausschuss hatte offenbar ih-

re Früchte getragen. Regelmäßig hatte John Purvis seine Kollegen im Namen des Biotech-Konzerns "Glaxo-SmithKline" zum informellen Lunch geladen. Sein Bericht, der jetzt der Kommission vorgelegt wird, bescheinigt der Biotechnologie ohne Einschränkungen "positive Auswirkungen auf Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Umweltschutz und -sanierung". Das Parlament erwarte, "dass die Biotechnologieindustrie ein Themenschwerpunkt des nächsten Europäischen Rates sein wird" und fordert die Kommission auf, einen Aktionsplan "Bio-Europa" auszuarbeiten.

Verschwunden: die neue Macht der KonsumentInnen

Mehr nebenbei räumte Purvis ein: "Es gibt natürlich auch die Sorgen der Verbraucher." In Straßburg war diese Woche jedoch wenig von der seit der BSE-Krise oft betonten neuen Macht der VerbraucherInnen zu spüren. Die Mehrheit der RednerInnen stimmte eine regelrechte Lobeshymne auf die Biotechnologie an. "Diese neue Technologie kann Europas Industrie konkurrenzfähiger machen", sagte Gordon Adam von der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Peter Liese (CDU) wollte gar bestehende EU-Beschlüsse, die der freien Entfaltung der Biotech-Branche im Wege stehen, aushebeln. Das von den Mitgliedstaaten beschlossene De-facto-Moratorium in Bezug auf die Freisetzung genetisch veränderter Pflanzen sei eines der größten Hindernisse, so Liese. Kritische Töne waren ein-

zig aus den Reihen der Grünen und Linken zu hören. "Die Interessen der Verbraucher und der Umwelt werden in diesem Bericht völlig ignoriert", so die grüne Abgeordnete Nuala Ahem. Änderungsanträge ihrer Fraktion, die den positiven Ton im Bericht abschwächen sollten, wurden fast ausnahmslos niedergestimmt. Dem Papier stimmte schließlich eine überwältigende Mehrheit der Abgeordneten zu. "Wenn künftig im Europaparlament über Regelungen für Gentech-Produkte debattiert wird, geschieht dies in einer industriefreundlichen Atmosphäre", sagte Ilka Schröder im Anschluss an die Debatte gegenüber der WOXX.

"Der Bericht wird keine Auswirkungen auf konkrete Gesetzgebung haben", stellt Dan Leskien, Gentech-Expertin der Fraktion der Grünen, klar. Konkret steht zur Zeit die Ausarbeitung EU-weiter Regelungen zur Rückverfolgung, Kennzeichnung und Haftung bei genetisch veränderten Lebensmitteln an. "Man wird sehen müssen, wie sich das Parlament hier verhält", so Leskien. Dass Gentech-Lobbyisten jedoch ein richtungweisendes Papier wie den Purvis-Bericht bei passenden Gelegenheiten aus der Schublade ziehen und auf die positive Bewertung des Parlaments hinweisen werden, davon ist Leskien überzeugt.

In der Praxis könnte das zum Beispiel bei den laufenden Verhandlungen über das 16 Milliarden Euro schwere Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union, das von 2002 bis 2006 gelten wird, passieren. Wieviel Geld dem Bereich Biotechnologie zugestanden werden, ist noch nicht geklärt. In einer vorläufigen Aufstellung der EU-Kommission sind für diesen Posten rund drei Milliarden Euro vorgesehen. EU-Kommissar Erkki Liikanen versicherte dem Parlament am Donnerstag, die Kommission teile die Grundeinstellung des Berichts. "Wir werden den Bereich Biotechnologie im Rahmenprogramm prioritär berücksichtigen", versprach Liikanen. Bis Ende des Jahres will die Kommission in einem Aktionsplan ihre Vision über die Zukunft der Biotechnologie bis zum Jahr 2010 beschreiben.

Danièle Weber

Wer hat Angst vor MKS?

Eine Seuche geht um auf der Welt: Seit die Maul- und Klauenseuche Europa erreicht hat, herrscht Panik auf den Höfen. Und an den Grenzen. Wer freut sich über die Katastrophe? Mehr dazu nächste Woche in unserem Dossier.

kommentar

Cavalier seul

Le bourgmestre de la Ville de Luxembourg s'attaque à la prostitution - sans débat démocratique préalable et avec des mesures discutables

Le collège des bourgmestre et échevins a décidé de s'attaquer aux problèmes de la prostitution dans les rues du quartier de la gare. De déplacer les prostituées dans une zone délimitée et de fixer les heures de permission de travail. Si cela pouvait se réaliser aussi facilement, le problème de la prostitution n'en serait presque plus un. Certes, les personnes résidant dans les rues animées la nuit souffrent du trafic automobile la nuit, et l'on trouve des seringues dans la cour d'école. Le bourgmestre avait promis d'intervenir, cela faisait partie de son programme électoral. Le bourgmestre aurait aussi dû promettre de faire participer aux décisions toutes les personnes et toutes les organisations concernées par la prostitution et les drogues. D'abord on peut lui reprocher un manque de transparence; aucune commission consultative n'a été chargée d'analyser le problème si ce n'est la commission à l'égalité des chances sur sa propre demande. Rappelons que le problème de la prostitution est un problème qui concerne les hommes et non l'égalité entre femmes et hommes! Le conseil communal se trouvera devant un fait accompli en votant l'article 47 du règlement de police! Ensuite, les services du secteur social qui travaillent quotidiennement avec les prostituées, les droguées et les jeunes n'ont pas été consultés. Pourtant se sont eux qui auraient pu et dû renseigner le bourgmestre sur les risques et avantages d'une telle démarche.

Finalement, les arguments cités dans le règlement sont pour le moins douteux; la salubrité et la commodité des usagers de la voie publique! Les propriétaires des cabarets seront les grands profiteurs de cette démarche de salubrité, car leurs trottoirs seront "nettoyés" d'une concurrence déloyale.

Viviane Loschetter est porte-parole des Verts et conseillère communale à Luxembourg.

kommentar

Gleiche Rechte

Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zum Kollektivvertrag im Pflege- und Sozialbereich wurden von Gewerkschaftsseite zu Recht als gescheitert erklärt.

Die tariflichen Verbesserungen des öffentlichen Sektors auf die Beschäftigten des Pflege- und Sozialbereichs zu übertragen, das sieht der Art. 28 des bestehenden Kollektivvertrags vor. Folgender Kuchen ist zu verteilen: ein zusätzlicher Urlaubstag ab 1999, Lohnnachzahlungen für das Jahr 2000, die Erhöhung des Entwicklungsvolumens für 2001 von 5,6 Prozent (Beamte) bzw. 6,7 Prozent (Arbeiter).

Die Verhandlungen scheiterten, weil die Arbeitgeber den Art. 28 von Anfang an nicht als Grundlage betrachtet haben. Ihre Argumentation: Die Arbeitnehmer müssten auf den zusätzlichen Urlaubstag verzichten und sollten den finanziellen Ausgleich leisten für Lohnkosten, die die Regierung nicht erstatten will. Im Klartext bedeutet dies für die Beschäftigten, auf einen Teil der Lohnnachzahlungen des Jahres 2000 zu verzichten. Somit ist die Regierung am Scheitern dieser Verhandlungen indirekt mitverantwortlich. Indem sie den bestehenden Vertrag für allgemein gültig erklärt hat, hat sie das Prinzip des Art. 28 implizit anerkannt. Durch die jetzige Weigerung, den vollen Lohnausgleich an die Arbeitgeber zu zahlen, wird das Prinzip von ihr wieder in Frage gestellt.

Der zweite Konfliktpunkt dreht sich um die Frage, wer die Macht über die Verteilung des Kuchens hat. Die Arbeitgeberverbände versuchen bis heute, den Gewerkschaften Bedingungen aufzuzwingen, die diese nicht wollen. Es geht um Prinzipielles: Dieser Konflikt entscheidet über die zukünftige Mitbestimmung der Arbeitnehmer des Sozial- und Pflegesektors bei ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die für März anberaumten Personalbefragungen bei den rund 5.000 Beschäftigten sind ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Mitbestimmung und gleichen Rechten. Denn sie werden über den weiteren Verlauf resp. die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften gegenüber Arbeitgeber und Regierung entscheiden.

Nicole Jemming ist Mitglied des SEW-OGB-L. Sie spricht auch für die Personaldelegationen der A.P.E.M.H., des Jongenheems und der Fondation Kannerschlass.

Stöhn, die Post ist da

Zeitungsmachen ist nicht nur Kopfarbeit. Tagtäglich fällt in der WOXX schwerste körperliche Arbeit an. Das trifft natürlich nicht alle gleich hart. Eine Sache ist es, Bücher zu rezensieren, eine andere dagegen, bleischwere Buchpakete in die Redaktion zu schleppen. Unsere Postabholerin kann ein Lied davon singen: Mit zwei bis drei Taschen und Rucksack bewaffnet, startet sie im Morgengrauen zum täglichen Training. Manchmal ist es gar unmöglich, die gesamte Fracht in einem Gang zu befördern. Nehmen wir zum Beispiel diesen Donnerstag: Neben den üblichen paar Kilo Büchermaterial, dem Packen Projets de loi, den unzähligen Ankündigungen und Communiqués finden sich auch wieder einige Beweisstücke für die unermessliche Kreativität der Werbebranche. Immerhin 80 Franken Porto hat die Brasserie de Luxembourg es sich kosten lassen, uns eine originelle Einladung "à la présentation des couleurs du Renouveau de leur bière Mouse!" zu schicken. Aus dem wattierten DIN A3-Umschlag kommt eine Palette aus echtem Holz raus, auf die das Einladungskärtchen geklebt wurde. Dankeschön. Man muss ja nicht unbedingt Ölfarben darauf mischen, vielleicht taugt das Ding auch zum Broteschmierer. Aber denkt bei solchen Werbegags eigentlich irgendjemand an Wirtschaftlichkeit? An Ressourcenschutz? An unsere Postabholerin?